

Die große Sanierungs-Angst der Deutschen

Welt, 13.09.2021, Michael Fabricius

Beim Klimaschutz verfolgt Deutschland weiter die Strategie, jedes einzelne Gebäude effizient zu machen. Eine Umfrage zeigt, dass auch eine Mehrheit der Bürger strengere Pflichten fordert. Und doch haben die Deutschen Angst – vor der finanziellen Überforderung.

Beim Klimaschutz im Gebäudesektor scheint Deutschland an einem gewaltigen Luftschloss zu bauen. Bis 2030 sollen die CO₂-Emissionen aus Gewerbegebäuden und Wohnhäusern von jährlich knapp 120 Millionen Tonnen auf 67 Tonnen sinken – das ist ein Rückgang um 44 Prozent in gerade einmal acht Jahren.

Diese Aufgabe erscheint an sich schon unrealistisch, gehen doch Energieverbrauch und Emissionen seit Jahren kaum noch zurück, trotz Milliardeninvestitionen in die Energieeffizienz. Wenn jetzt noch strengere Sanierungsregeln kommen sollten, könnten Hausbesitzer finanziell in eine Überforderungssituation geraten und auch Mietern immer höhere Klimaschutz-Kosten drohen.

Eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger hat Angst vor einer Klimaschutz-Kostenexplosion bei Wohnungen und Wohnhäusern. In einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsunternehmens Kantar sagten fast 73 Prozent, dass sie sich Sorgen machen, „ob ich die Kosten für die CO₂-Reduzierung im Bereich Bauen und Wohnen noch tragen kann“.

Die Sorge zieht sich durch alle Einkommensschichten. 77 Prozent der Geringverdiener mit einem Haushaltsnettoeinkommen bis 1500 Euro im Monat haben diese Befürchtung. Bei den Besserverdienern ab 3000 Euro sind es 70 Prozent. Die Kantar-Umfrage wurde im Auftrag der Bausparkasse BHW durchgeführt und liegt WELT exklusiv vor.

Trotzdem sind die Bürger der Ansicht, dass sich jemand um mehr Klimaschutz kümmern müsste. 82 Prozent der Befragten fordern eine höhere Umsetzungsgeschwindigkeit beim Klimaschutz im Immobilienbereich. Und werden sie nach strengeren Vorgaben gefragt, stimmen die meisten umgehend zu.

Eine deutliche Mehrheit ist für strenge Pflichten für Hausbesitzer. 70 Prozent aller Befragten sind beispielsweise für eine Solarpflicht auf jedem Dach, also nicht nur auf Neubauten. 71 Prozent fordern verpflichtende Altbausanierungen – direkt nach einem Kauf und sofern die Energiebilanz unzureichend ist. Eine Mehrheit von 59 Prozent ist der Ansicht, dass die Umweltauflagen beim Bauen und Wohnen nicht zu streng sind.

Maximal 5000 Euro für den Klimaschutz

Geht es allerdings an den eigenen Geldbeutel, sinkt die Bereitschaft zur Rettung des Klimas rapide. Die meisten Eigentümer sind wenig investitionsfreudig. Für eine größere Sanierungsaktion, etwa ein Solardach in Kombination mit einer Wärmepumpe sind fünfstellige Beträge notwendig. Doch nur 14 Prozent wären bereit, 25.000 Euro oder mehr zu investieren.

22 Prozent gehen bis 25.000 Euro, 23 Prozent bis 10.000 Euro. 40 Prozent aller Hausbesitzer würden also lediglich bis zu 5000 Euro für den Klimaschutz ausgeben.

Die Zahlen zeigen, wie weit Anspruch und Wirklichkeit beim Klimaschutz insbesondere im Gebäudesektor auseinanderklaffen. Die geplante 44-Prozent-Senkung innerhalb von acht Jahren wirkt da tatsächlich wie ein Luftschloss.

Dass es aber in den kommenden Jahren auf strengere Sanierungspflichten hinausläuft, ist inzwischen klar. Die Initiative Agora Energiewende hat vor zwei Wochen in einem „Klimaschutz-Sofortprogramm“ eine Solardachpflicht für alle Gebäude vorgeschlagen – unabhängig davon, ob eine Anlage überhaupt effizient laufen würde oder nicht.

Mehr Dämmung, mehr neue Fenster

Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock erneuerte im ersten TV-Triell mit Armin Laschet (CDU) und Olaf Scholz (SPD) ihre Forderung nach einer Solardachpflicht für alle Gebäude. Laut Grünen-Programm soll es bereits ab 2022 eine entsprechende Vorschrift für Neubauten und für Sanierungen im Bestand geben.

Aber nicht nur Solaranlagen könnten zur Pflicht werden, auch der energetische Standard insgesamt dürfte noch einmal angehoben werden. Mehr Dämmung, mehr neue Fenster und Dächer wären notwendig. Die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF) hat in einem Weißbuch konkrete Vorschläge gemacht, unter anderem energetische Mindeststandards für Gebäude. Damit könnten mehr als elf Millionen Tonnen CO₂ bis 2030 eingespart werden – was allerdings immer noch nur ein Teil der geplanten Menge wäre.

Bei der Frage der Finanzierung liefern Politiker, Institute und Initiativen eine einhellige Antwort: Der Staat muss einspringen, um Eigentümer und Mieter nicht zu überfordern. Das Bundeswirtschaftsministerium hat für dieses Jahr 5,8 Milliarden Euro zusätzlich für die bestehenden Sanierungs-Förderprogramme bereitgestellt. Diese Summe, das dürfte sich bald herausstellen, wird allerdings nicht reichen.

https://www.welt.de/finanzen/immobilien/plus233752706/Solardachpflicht-und-Sanieren-Deutsche-fuerchten-hoehere-Klimaschutz-Kosten.html?sc_src=email_1069495&sc_lid=100341271&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=644&sc_cid=1069495&cid=email.crm.redaktion.newsletter.finanzen&sc_eh=94c824e22aa172ca1